

Kreispolitiker verabschieden Resolution gegen Krankenhaussterben

Von [Sönke Rother](#) | 23.01.2024, 10:30 Uhr



Die Krankenhäuser befinden sich in finanziell schwierigen Zeiten. Foto: Lars Peter Ehrich

Die Kreispolitiker fordern die Bundesregierung auf, eine ausreichende Finanzierung der Kliniken sicherzustellen und so die prekäre Situation im Gesundheitswesen zu entschärfen.

Die Fraktionen des Steinburger Kreistags üben den Schulterschluss. Einstimmig haben sie eine [Resolution](#) verabschiedet, in der sie appellieren, ein mögliches Krankenhaussterben zu verhindern. In dem Schreiben, das an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) adressiert wurde, fordern die Politiker unter anderem eine rückwirkende Anpassung der Landesbasisfallwerte für die Jahre 2022 und 2023.

In der Resolution fordern die Kreistagsabgeordneten zudem die Systematik zur Berechnung des Orientierungswertes und des Veränderungswertes zu überarbeiten, die Sicherstellung einer regelhaften Finanzierung der vollen Tarifsteigerungen ab 2024 und die aktuelle Übergangsregelung zur Zahlungsfrist von Krankenhausrechnungen, die für Krankenkassen ein verkürztes Zahlungsziel von fünf Tagen vorsieht, zur Liquiditätssicherung zu verstetigen. „Nur so lässt sich eine angemessene Finanzierung sicherstellen“, heißt es in dem Schreiben.

Krankenhäuser haben aktuell existentielle wirtschaftliche Probleme

Der Kreistag habe festgestellt, dass viele Krankenhäuser aktuell existentielle wirtschaftliche Probleme hätten und das aktuelle Vergütungssystem die hohe Kostensteigerung der Krankenhäuser, insbesondere durch Inflation und Tarifsteigerungen, nicht ausreichend abbilde. „Bis zum Greifen der Krankenhausstrukturreform muss ein unkontrolliertes Krankenhaussterben abgewandt werden“, fordern die Fraktionen. Daher seien diese Sofortmaßnahmen dringend erforderlich.

Das unterstrich auch Marcel Ulrich (CDU). Der Kreistagsabgeordnete ist Vorsteher des Zweckverbands für das Klinikum Itzehoe. Er berichtet, dass gestiegene Energiekosten und inflationsbedingte Mehrkosten bundesweit bei den Kliniken zu einer schwierigen finanziellen

Situation geführt hätten. „Preiserhöhungen können weder an Patienten noch an Krankenkassen weitergegeben werden.“ Das habe zur Folge:

„Das Gefüge zwischen Kosten und Vergütung sei völlig aus dem Gleichgewicht geraten.“

Marcel Ulrich

Vorsteher Zweckverband Klinikum Itzehoe

Auch andere Kreise – beispielsweise der Kreis Dithmarschen – haben diese oder ähnliche Resolutionen verabschiedet. Die Leitung des Klinikums Itzehoe und die Verbandsversammlung unterstützen die Resolution ebenfalls.